



Ercheint täglich, ausgen. Sonn- u. Feiertage. Bezugspreis monatlich 1.40 RM. frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Vertriebe monatlich 1.70 RM. — Einzelnummern 10 Pf. — Druckort: Wildbad. — Redaktion: Engelhardt & Co., Wildbad. — Verleger: Engelhardt & Co., Wildbad. — Postfach-Nr. 281 74.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Zeile oder deren Raum im Beleg Grundpreis 15 Pf., ausserhalb 20 Pf. — Reklamageld 50 Pf. Rabatt nach Tarif. Für 10. und bei Anstufung werden jeweils 10 Pf. mehr berechnet. — Schluss der Anzeigenannahme täglich 9 Uhr vormittags. — In Randspalten oder wenn geschlossene Betretung notwendig wird, fällt jede Nachschlagewerbung weg.

Druck, Verlag und Schriftleitung: Engelhardt & Co., Wildbad, Wilhelmstraße 86. Telefon 179. — Wohnung: Wismarstraße 68.

Lardieus Politik auf der Flottenkonferenz

Flottenbaueinschränkung gegen Bürgschaftsvertrag

Die Pariser Blätter sind aufgebracht über die Bemerkung des Londoner „Daily Herald“, Lardieu wolle die Flottenkonferenz torpedieren. Die Beschuldigung rühre von Mac Donald selbst her und sei darum ernst zu nehmen. Die englisch-amerikanische Gemeinschaft laufe darauf hinaus, Amerika zu gestatten, daß es sich mit den geringsten Kosten die Teilherrschaft an der bisher von England allein ausgeübten Beherrschung der Meere verschaffen könne. Die Engländer ihrerseits möchten in ihren Finanznöten dabei möglichst große Ersparnisse machen. Man könne aber Frankreich nicht zumuten, daß es wegen dieser angelegentlichsten Pläne seine Sicherheit vernachlässige.

Die Presse läßt übrigens durchblicken, daß Frankreich über seine Forderung von 724 000 Tonnen auch mit sich handeln lasse und bereit sei, sie zu ermäßigen, wenn England und Amerika gemeinsam die Bürgschaft für die Sicherheit Frankreichs übernehmen und einen dahingehenden erweiterten Locarnovertrag (gegen Deutschland und Italien) mit Frankreich abschließen.

Das Ziel Lardieus auf der Flottenkonferenz ist damit klar gestellt. Seit der Weigerung der Vereinigten Staaten, dem Versailler Vertrag beizutreten, ist die ständige Sorge der französischen Staatsmänner, den bei den Friedensverhandlungen in Aussicht gestellten amerikanisch-englischen Bürgschaftsvertrag für die Sicherheit Frankreichs irgendwie zu erledigen. Briand bezeichnet immer wieder seine Locarnopolitik als einen Erfolg für das nachträglich von Amerika verweigerte Bürgschaftsbündnis. Lardieu, der Mitverfasser des Vertrags von Versailles, möchte jetzt zu Hause mit dem Hinweis aufwarten können, daß er in London etwas Greifbareres durchgesetzt habe, als Briand mit dem Locarnovertrag. Dazu möchte er die zwangsläufig sich ergebende amerikanisch-englische Flottenvereinbarung ausbeuten, um sich die Verminderung des französischen Flottenbauprogramms mit irgendeinem Bürgschaftsvertrag abkaufen zu lassen. Die Sanktionsbestimmung, so wie sie von den Franzosen ausgelegt wird, soll ergänzt werden durch ein englisch-französisches Bürgschaftsverprechen militärischer Art „gegen den etwaigen Angreifer“.

Frankreichs Forderungen unvereinbar mit Locarno

Die italienische Presse schlägt gegen Frankreich täglich schärfere Töne an. Der „Corriere della Sera“ spricht von ungläublichen französischen Flottenforderungen, und der „Popolo d'Italia“ schreibt, die Haltung Frankreichs in London sei unvereinbar mit den Locarnoabmachungen. Die Forderungen Lardieus seien unbegründet, da Frankreich bei einem Angriff durch Deutschland von Großbritannien und Italien geschützt würde. Somit sei eine Annahme einer gleichzeitigen Verteidigung gegen Deutschland und Italien sinnlos. Das Blatt Mussolinis bezeichnet es als notwendig, zu untersuchen, ob Geist und Wortlaut des Locarnoabkommens als noch vollständig in Kraft bestehend betrachtet werden können.

Lardieu erkrankt

Paris, 17. Februar. Amtlich wird mitgeteilt, daß Ministerpräsident Lardieu aus London erkrankt zurückgekehrt sei und einige Tage das Bett hüten müsse. Der auf Montag anberaumte Ministerrat wurde auf Donnerstag verschoben.

Der Neue Plan in den Ausschüssen

Berlin, 17. Febr. Bei der weiteren gemeinsamen Beratung des Neuen Plans und der mit ihm verbundenen Beschlüsse im Auswärtigen und Haushaltungsausschuss des Reichstags trat Abg. Dr. Reichert (Dnat.) der optimistischen Auslegung des Reichsaussenministers Dr. Curtius entgegen. Der größte Nachteil des Neuen Plans gegenüber dem Dawesplan liege darin, daß jetzt der Grundlag verfallen werde, die deutschen Reparationsleistungen nach der deutschen Leistungsfähigkeit zu berechnen. Die durchschnittliche Jahresbelastung solle über 2100 Millionen Goldmark betragen. Wie solle Deutschland diese Devisen aufbringen? zumal die Handelsbilanz voraussichtlich auch in Zukunft stark passiv bleiben werde. Es sei sehr bedauerlich, daß die Regierung die bisherigen Leistungen Deutschlands ganz außer Rechnung gelassen habe.

Abg. Dr. Hoehsch (Chr.-Nat. Arb.-Gem.) erklärt, es sei unrichtig, wenn Curtius behauptet habe, zwischen den Verpflichtungen des Neuen Plans und den Verbandsschulden an Amerika bestünde „kein Zusammenhang“. Tatsächlich habe der Neue Plan diese Schulden auf Deutschland abgewälzt. Von der Hauptsache, der deutschen Leistungsfähigkeit, sei im Haag und in Paris überhaupt nicht mehr gesprochen worden. Warum haben die deutschen Sachverständigen sich auf 2100 Milliarden treiben lassen, da Dr. Schacht zuerst doch nur eine Milliarde angeboten habe?

Abg. Dr. Klönne: Der Neue Plan schneide alle Möglichkeiten einer Herabsetzung ab. Der Endwert allein ist maß-

Tagesspiegel

Amtlich wird mitgeteilt, es sei nichts bekannt, daß der Reichspräsident weitere Parteiführer empfangen werde.

Der deutsche Volschaffer v. Hösch in Paris hatte eine Unterredung mit Briand.

Der deutsche Gesandte in Belgrad, Dr. Köster, ist an einer Vergiftung schwer erkrankt und mußte in einem Krankenhaus operiert werden. Der Zustand ist sehr ernst.

Der Gesundheitszustand der Königin von Schweden in Rom hat sich verschlimmert. Der König hat eine Reise nach Nizza ausgegeben und bleibt in Rom.

Die Finanzminister der Länder haben in der Konferenz fast einstimmig gegen die Erhöhung der Umsatzsteuer sich ausgesprochen.

In Genf wurde in Anwesenheit von etwa 140 Regierungsvertretern, Sachverständigen und Beobachtern aus 34 Staaten, darunter 8 Ueberseestaaten, am Montag vormittag die Zoll-Waffenstillstands-Konferenz von dem früheren dänischen Außenminister Graf v. Nolte eröffnet. Wenn bei diesen kostspieligen Konferenzen nur auch etwas herauskäme!

gebend. Nach 58 Jahren werde aus Deutschland ein Kapital geflossen sein. Dabei macht sich überall jetzt schon ein Verfall in der deutschen Wirtschaft bemerkbar. Die Umwandlung der Sachleistungen in Goldleistungen sei ungeheuer schädlich. Für jede Milliarde an Sachleistungen könnten 175 000 Arbeiter beschäftigt werden.

Abg. Dernburg (Dem.): Der Sonderausschuss der Tributbank habe nur das Recht, über einen etwaigen Zahlungsausschuss zu bestimmen. Man sei zu früh an die Revision des Dawesplans herangegangen.

Abg. Bernhard (Dem.) wandte sich dagegen, daß die Regierungsparteien „zahlungsfreudig“ seien. Die Rechtsstelle die Wirtschafts- und Finanzlage zu düster dar. Der Neue Plan sei nicht endgültig.

Abg. Dauch (Dp.): Der Neue Plan bedeute eine furchtbare Last, die gar nicht bezahlt werden könne, wenn unsere Ausfuhr nicht um 3,5 bis 4 Milliarden gesteigert werden könne. Es sei auffallend, daß Desterreich, Ungarn und Bulgarien im Haag um so viel besser behandelt worden seien als Deutschland. Selbst nach der niedrigsten Schätzung von neutraler Seite habe Deutschland bereits 35 Milliarden an Kriegskrediten bezahlt und jetzt soll es noch weitere 36 Milliarden gegenwärtigwert oder 116 Milliarden Endwert bezahlen. Mit der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftspolitik müsse Schluss gemacht und Youngpolitik betrieben werden. Wer diese Folgerung nicht zieht, darf auch den Neuen Plan nicht annehmen.

Abg. Graf Westarp (Dnat.) beantragt, die deutschen Mitglieder der Pariser Sachverständigen-Ausschusses, besonders Dr. Schacht zu vernehmen. Minister Curtius entgegnete, dies sei nicht nötig; die Minister seien ebenso sachverständig wie Dr. Schacht. Der Antrag wurde abgelehnt.

Abg. Graf Westarp stellte darauf folgende Anträge: Die Regierung soll ersucht werden: 1. mit eingehender Begründung zu erklären, ob sie die Zahlungen des Pariser Plans für dauernd durchführbar hält und die darüber von dem deutschen Sachverständigen in Paris abgegebenen Gutachten mit den dazu aufgestellten Unterlagen mitzuteilen, 2. durch eine ausdrückliche Erklärung das Recht Deutschlands vorzubehalten, die Revision des Plans mit dem Ziel der Herabsetzung der deutschen Leistungen im Fall seiner Undurchführbarkeit zu fordern und, nötigenfalls nach neuen diplomatischen Verhandlungen, festzustellen und mitzuteilen, ob die Vertragsmächte diesen Vorbehalt anerkennen.

Reichswirtschaftsminister Schmidt (Soz.): Wer heute die Verantwortung trage, müsse optimistisch denken. Unsere Lage sei nicht so schlimm. Wenn der Neue Plan abgelehnt würde, wäre ein neuer Kampf zu führen. Man müsse vermeiden, daß französisches Militär noch einmal im Ruhrgebiet arbeite.

Abg. v. Sybel (Chr.-nat. Bauernp.): Der Minister Curtius habe den Gegenwartswert des Dawesplanes auf 49 Milliarden, den des Neuen Plans zu 34,5 Milliarden berechnet. Er habe aber veräußert, von dem Dawesplan die Vorschriften des Londoner Ultimatums abzuziehen und andererseits zum Neuen Plan die Milliarden der Liquidationen, der Sonderzahlungen an Belgien usw. hinzuzurechnen. Das sei irreführend. Wenn man richtig rechne, dann sei der Unterschied des Gegenwartswerts beider Pläne sehr gering. Die Quittung für die leichtfertige Politik der Regierung seien die 3 Millionen Arbeitslose, davon 2 1/2 Millionen Reichsunterstützte, die zusammengebrachte Landwirtschaft und die immer weiter zerbrechende Industrie.

Abg. Westarp: Der Reichsernährungsminister Schmidt habe die Lage der deutschen Wirtschaft rosig geschildert. Die Wirklichkeit sehe anders aus. Woju die Zahlenpielerei! Mit keinen noch so schönen Worten lasse sich die Tatsache aus der Welt schaffen, daß die deutsche Abordnung im Haag die Verbandsschulden an Amerika auf Deutschland über-

nommen habe. Entscheidend sei das, daß trotz der anfänglichen Zahlungserleichterungen des Youngplans die deutsche Wirtschafts- und Finanzkrise zu einer dauernden gemacht werde. Bei Verhandlungen über Zahlungsausschub werde die Krise Deutschland in eine viel unangstlichere Lage bringen, als es bei einer Daweskrise sein werde.

Abg. Dernburg bleibt dabei, daß der Youngplan um 7 Milliarden günstiger sei als der Dawesplan.

Um die Verfassungsmäßigkeit der württembergischen Staatsregierung

Leipzig, 17. Februar. Vor dem Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich begann am Montag vormittag unter dem Vorsitz des Reichsgerichtspräsidenten Dr. Bumke die Verhandlung über die Klage der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei im Württembergischen Landtag gegen das Land Württemberg und gegen den Württembergischen Landtag auf Feststellung, daß die seit dem 8. Juni 1928 bestehende Regierung Dr. Bolz auf verfassungswidrige Weise besteuert und widerrechtlich im Amt sei. Die sozialdemokratische Fraktion wird durch Dr. Kurt Schumacher vertreten, während für die württembergische Regierung Staatsrat Dr. Hegelmaier erschienen ist.

Nach den Landtagswahlen vom 20. Mai 1928 war die bisherige Regierungskoalition von 42 auf 37 Abgeordnete zurückgegangen. Am 8. Juni 1928 wurde die Regierung Dr. Bolz, der Dr. Bazille als Kultusminister angehört, gebildet. Ein sozialdemokratischer Mißtrauensantrag wurde mit 36 Ja-Stimmen gegen 40 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt. Ein demokratischer Mißtrauensantrag gegen Dr. Bazille erzielte 40 Ja-Stimmen, 39 Nein-Stimmen, während ein Abgeordneter sich enthielt. Nach § 76 der Landtagsgeschäftsordnung verneint Stimmengleichheit die Frage, wobei Enthaltungen als Nein-Stimmen zu zählen sind. Nach dieser Bestimmung war der demokratische Antrag abgelehnt. Dasselbe Stimmverhältnis ergab sich bei Mißtrauensanträgen am 19. April 1929, nur, daß beim Antrag gegen Dr. Bazille 3 Enthaltungen und 37 Ja-Stimmen zu verzeichnen waren. Bei allen Abstimmungen hatte Dr. Bazille als Abgeordneter mitgestimmt, so daß die Annahme oder Ablehnung der Anträge von seiner Stimme abhängig war.

Die soz. Fraktion steht auf dem Standpunkt, daß die Regierung, die nach Artikel 27 der württ. Verfassung des Vertrauens des Landtags bedürfe, dieses Vertrauen materiell nicht besessen habe, da sie höchstens über 40 Stimmen, nicht aber über die Mehrheit verfüge. In der Stimmabgabe Dr. Bazilles in eigener Sache sei ein Verstoß gegen die guten Sitten zu erblicken.

Infolge des Staatsgerichtsurteils vom 22. März 1929 wurden der Volkspartei zwei und den Nationalsozialisten ein Mandat neu zuerkannt, während das Zentrum, die Deutschnationalen und die Sozialdemokraten je einen Sitz verloren. Hierin erblickt die sozialdemokratische Fraktion eine „Neubildung des Landtags“, die auch eine Neubildung des Staatsministeriums hätte im Gefolge haben müssen.

Demgemäß beantragt die Fraktion, festzustellen, daß die Regierung Dr. Bolz und insbesondere Kultusminister Dr. Bazille seit dem 19. April 1929 in Widerspruch mit den Vorschriften des Artikels 27 der württ. Verfassung im Amt sei. Weiter beantragt die Fraktion Feststellung der Verfassungswidrigkeit des § 76, 3 der Geschäftsordnung des württ. Landtags und schließlich die Feststellung, daß das Abstimmungsergebnis über die Mißtrauensvoten gegen den Kultusminister Dr. Bazille deren Annahme durch den Landtag bedeute und daß die Stimme Dr. Bazilles nicht zu zählen sei.

Die württ. Regierung befreit diesen Anträgen gegenüber die Zuständigkeit des Staatsgerichtshofs für das Deutsche Reich, weil es einmal bei der Stimmabgabe von Abgeordneten sich nicht um eine Verfassungstreitigkeit handle, und sodann weil in bezug auf das widerrechtliche Verbleiben der Regierung im Amt eine Ministeranklage vor dem württ. Staatsgerichtshof nötig sei, der durch Anrufung des Staatsgerichtshofs für das Deutsche Reich nicht umgangen werden dürfe. Verfassungstreitigkeiten seien nur solche Streitigkeiten, die die Landesverfassung selbst zum Gegenstand haben. Es sei in Württemberg feste Staatspraxis, daß die Regierung so lange im Amt bleibe, bis ein von den Regierungsparteien gestellter Vertrauensantrag abgelehnt oder ein von der Opposition gestellter Mißtrauensantrag angenommen wäre. Eines besonderen Vertrauensvotums bedürfte sie nicht. Seit dem 19. Januar 1930 seien im übrigen die Deutsche Demokratische Partei mit 8 Abgeordneten und die Deutsche Volkspartei mit 4 Abgeordneten in der Regierungskoalition eingetreten, so daß seitdem die Regierung mit 47 von 80 Mandaten eine feste Mehrheit habe. Mitbin habe die ganze Streitfrage kein rechtliches, sondern nur noch historisches Interesse.

Abg. Dr. Schumacher führte aus, in Württemberg als einem Land des „unechten“ Parlamentarismus müsse die Abhängigkeit des Kabinetts von der Volkserrettung und den sonstigen Kontrollenrichtungen anderweitig gesichert sein. Staatsrat Dr. Hegelmaier betonte, daß für die Auslegung der Paragraphen 27 und 28 der württ. Verfa-



lung allein die Staatspraxis maßgebend sei, und diese gehe dahin, daß keine Regierung ein ausdrückliches Vertrauensvotum brauche, und daß auf diese Weise auch eine Minderheitsregierung ermöglicht werde. Seit 1919 sei diese Staatspraxis nachzuweisen. Staatspräsident Blos sei, nachdem die Verfassung am 25. September 1919 endgültig angenommen worden sei, einfach im Amt geblieben und 1920 habe Staatspräsident Hieber als Vertreter einer Minderheit unter ausdrücklicher Tolerierung der Sozialdemokratischen Partei die Regierung übernommen. Während der Regierung Hieber seien verschiedene Minister ausgeschieden, ohne daß für ihre Nachfolger besondere Vertrauensabstimmungen verlangt wurden. 1924 habe nach dem Sturz Hiebers Dr. Bazille die Regierung übernommen. Auch er habe, obwohl er über eine Mehrheit verfügte, eine positive Vertrauenskundgebung nicht verlangt. Staatspräsident Dr. Blos sei, als er im Juni 1928 die Regierung übernahm, den gleichen Weg gegangen, und seine Regierung habe sich in Auslegung der Staatspraxis — es habe sich dabei nicht etwa um ein Gewohnheitsrecht gehandelt — als zu Recht im Amt befindlich betrachtet. Erforderlich sei für eine Minderheitsregierung nur die Tolerierung durch andere Parteien. Wollte man diesen Grundlag abschneiden, so würde man jede Minderheitsregierung von vornherein unmöglich machen.

Dr. Schumacher hielt diesen Ausführungen entgegen: Die Sozialdemokratische Partei wolle die Möglichkeit einer Minderheitsregierung nicht unterbinden, sie könne aber nicht anerkennen, daß die Regierung Dr. Blos die Praxis der Minderheitsregierung für sich mit Recht in Anspruch nehme, da keine andere Partei den bewußten Willen zu ihrer Tolerierung bekundet habe. Der Mißtrauensantrag gegen Dr. Bazille sei von der Sozialdemokratischen Partei nicht wegen seiner Person zum Gegenstand der Klage gemacht worden, sondern weil der Sturz Bazilles zugleich auch den Sturz des ganzen Kabinetts bedeuten hätte. Staatsrat Dr. Hegelmaier bemerkte noch zu dem Klageantrag, wonach die Stimmabgabe Dr. Bazilles gegen die guten Sitten verstoßen solle, daß ein solcher Rechtsfall, der maßgebend für das ganze öffentliche Recht und das parlamentarische Leben sei, nicht bestehe.

In den weiteren Verhandlungen spielte die Hauptrolle die Frage, ob nach Erweiterung der Regierungskoalition im Januar 1930 noch ein rechtliches Interesse an der Klage bestehe.

Dr. Schumacher betonte, daß seine Partei nicht daran denke, rückwirkend die Rechtswirkung der von der Regierung Blos erlassenen Staatsakte zu beanstanden, wohl aber, wenn die Regierung verfassungswidrig sei. Auch für die Entwicklung der Landesgesetzgebung sei eine Entscheidung von besonderer Bedeutung.

Dr. Hegelmaier verneinte das Rechtsinteresse. Zudem habe der Staatsgerichtshof in seiner Spruchpraxis bisher abgelehnt, Feststellungen zu treffen, durch die rückwärtsliegende Dinge aufgehoben werden. Damit fehle auch das Rechtsinteresse an einer Feststellung, daß die Regierung Blos nicht zu Recht im Amt gewesen wäre.

Die Entscheidung des Gerichtshofes wird am Dienstag vormittag 9 Uhr verkündet werden.

Das preußische Wahlgesetz verfassungsmäßig

Leipzig, 17. Febr. In der Verfassungsstreitsache des Völkisch-nationalen Blocks und der Volksrechtspartei gegen das Land Preußen auf Feststellung der Verfassungsmäßigkeit von Bestimmungen des preußischen Landeswahlgesetzes wurde heute mittag vom Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich die Entscheidung verkündet. Sie ging dahin, daß die Klageanträge zurückgewiesen und damit die Verfassungsmäßigkeit des preußischen Wahlgesetzes anerkannt wurden.

Neueste Nachrichten

Hugenberg und Oberfohren beim Reichspräsidenten

mittag den Geheimrat Hugenberg und den Abgeordneten Dr. Oberfohren. Die Herren hatten bekanntlich die Absicht, den Reichskanzler persönlich über die deutsch-nationale Auffassung zum Youngplan und zum Polenabkommen zu unterrichten. Sie trugen dem Herrn Reichspräsidenten insbesondere ihre Bedenken hinsichtlich des deutsch-polnischen Liquidationsabkommens, der Sanktionsfrage und der Richterledigung der Saarfrage sowie der Untauglichkeit der dem deutschen Volk aus dem Youngplan erwachsenen Millionenlasten vor. Der Reichspräsident nahm diese Ausführungen mit Aufmerksamkeit entgegen und erklärte:

Sein Genies

Eine Künstlergeschichte von Claus Beizen.

8. Fortsetzung.

Nachdruck verboten.

Lange noch, nachdem bereits im Nebenzimmer Morpheus die schlafende Hand über die seidenweichen Wimpern Weikens hatte gleiten lassen, liegt die junge Witwe wachend auf dem Lager. — Es ist so heiß im Zimmer; unruhig wirft sie sich von einer Seite auf die andere. Warum gab ich ihm die Hand? Wie er schön war! und wie seine Stimme mit schmeichelndem Klang sich ins Herz stahl! Sie atmet ein paar mal schwer. — Das Bild jenes Jünglings will ihr nicht von der Seele weichen, so oft sie auch die Lider senkt. Sie muß selbst über sich lachen: Das macht die Langeweile in Tapenburg!

„So leben wir, so leben wir, so leben wir alle Tage!“ pfeift Apoll vor sich hin und setzt der weiland Urke von Tapenburg einen kräftigen Lichtreflex auf das goldene Tiadem im aschblonden Haar! „Weiß Gott, die beiden sehen sich ähnlich! Muß aber Rasse gehabt haben, das Mädel, um mit jenem Moler so mir nichts, dir nichts in die weite Welt zu ziehen. — Heiliger Vimbam, jetzt ist das Finnober bei der Hitze wieder eingetrocknet!“ Unwillig fährt er sich mit dem Hemdärmel über die feuchte Stirn. In diesem Augenblick ertönt ein helles Lachen dicht hinter ihm; überrascht erwidert sich Hasso um und erblickt unmittelbar vor sich das höchlichst amüsierte Gesicht der Marquise von Nonceau.

„Ach, Verzeihung, gnädige Frau! Aber ich hatte keine Ahnung, daß noch ein lebendes Wesen außer mir in diesen Räumen umhinaue! Entschuldigen Sie meine Toilette: die

er wolle sich seine persönlichen Entscheidungen bis nach Beendigung der Beratungen und der Beschlußfassung des Reichstags vorbehalten. Staatssekretär Reichner wohnte der Unterredung bei.

Wie noch berichtet wird, hat der Herr Reichspräsident Ende voriger Woche bereits die Reichstagsabg. Dr. Scholz (D. Vp.) und Dr. Brünning (Zentr.) in Sachen des Neuen Plans empfangen. Weitere Parteivertreter sollen noch empfangen werden.

Kundgebung des Nationalverbands Deutscher Offiziere zum Youngplan

Berlin, 17. Febr. Der Nationalverband Deutscher Offiziere erläßt nachstehende Kundgebung: Nach dem Verlauf der ersten Lesung im Reichstag über das Haager Vertragswerk steht zu befürchten, daß sich eine Parlamentsmehrheit für Annahme dieser neuen Verklavungsbestimmungen des Nationalverband Deutscher Offiziere an das Verantwortungsgefühl der deutschen Reichsregierung und der hinter ihr stehenden Parteien vor Volk und Geschichte. Das deutsche Volk kann und wird die Verpflichtungen, die es jetzt auf sich nehmen soll, nicht erfüllen. Der Weg in die Freiheit wird uns nicht geöffnet, sondern erneut — diesmal auf Generationen — versperrt. Noch nie hat ein Volk im Rat der Nationen Achtung und Geltung gehobt, das nicht den eisernen Willen zeigt, für die lebenden und kommenden Geschlechter den politischen Freiheitkampf entschlossen aufzunehmen. In entscheidender Stunde fordert der N.D.O. von allen Volksschichten und den sie vertretenden Parteien Ablehnung der Haager Abmachungen und Anbahnung neuer Verhandlungen auf Grund tatsächlicher Gleichberechtigung und unantastbarer Staatshoheit des Deutschen Reichs.

Sollmann über die finanzpolitische Lage

Köln, 17. Februar. In einer Parteiverammlung des Kreises Gummersbach führte gestern Reichstagsabgeordneter Sollmann (Soz.) u. a. aus: Weder über die entscheidenden Teile des Reichshaushaltsplans 1930/31 noch über die Deckungsfrage seien bisher auch nur Ansätze einer Einigung erzielt. Die Spannung im Reichskabinettt und zwischen den Regierungsparteien dauere fort. In dieser Woche werde sich im Reichskabinet ein Kampf Moldenhauer gegen Wissell entspinnen, weil der Reichsfinanzminister stark an sozialpolitischen Ausgaben sparen wolle, der Reichsarbeitsminister dies aber nicht nur ablehne, sondern verschiedene Erhöhungen fordern. Der Vorschlag eines sogenannten Rotopfers der Beamten stamme aus den Parteien der Mitte. Das finanzielle Ergebnis eines Rotopfers werde überschätzt. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion erwäge einen Zuschlag auf die Einkommensteuer aller Einkommen über 5000 oder 8000 Mark im Jahr. Ein Steuerprogramm mit nur indirekten Steuern ohne entsprechende Belastung der höheren Einkommen und Vermögen sei für die Sozialdemokratie untragbar. Der hier und da geforderte Austritt aus der Reichsregierung sei kein Kunststück. Wichtiger und schwieriger sei es, sich in der Regierung durchzusetzen. Zeigten die bürgerlichen Regierungsparteien nicht das genügende Entgegenkommen, so müsse die Sozialdemokratie allerdings die letzten Folgerungen ziehen.

Der Streit um die Arbeitslosenbeiträge

Berlin, 17. Februar. Heute abend finden weitere Besprechungen der Vertreter der Regierungsfaktionen über die Finanzreform statt. Wie mitgeteilt wird, werden die Sozialdemokraten weitere Reichsbeiträge von bestimmter Höhe für die Arbeitslosenversicherung über das Jahr 1932 hinaus verlangen. Ueber die Höhe des jährlichen Beitrags würden sich die Fraktionen untereinander und mit dem Reichsfinanzminister zu verständigen haben.

Kommunistische Ausschreitungen in Berlin

Berlin, 17. Febr. Am Samstag abend erschien plötzlich ein Trupp von über 100 Kommunisten vor dem Geschäftshaus des sozialdemokratischen Blatts „Vorwärts“ in Berlin und warf die Scheiben ein. So schnell, wie die Uebelthäter gekommen waren, verschwanden sie wieder. — Die Täter gehören nach dem Polizeibericht der „Antifaschistischen Jungen Garde“ an. Nach ihrem 3Pferdswert am „Vorwärts“ zertrümmerten sie noch die Scheiben verschiedener Kraftdroschken und schlugen zwei Polizeibeamte nieder, so daß diese schwerverletzt ins Krankenhaus überführt werden mußten.

Sitze ist so unerträglich bei der Arbeit, deshalb habe ich es mir etwas leichter gemacht.“

Schon will er seine Malutensilien aus der Hand legen, um seinen über einer Stuhllehne hängenden Rock wieder anzuziehen. Die Marquise findet, daß Hasso wunderschön aussieht ohne Halsstuch und Kragen, und sagt deshalb: „Bitte, mein Herr, arbeiten Sie ruhig weiter und behandeln Sie mich vollständig als Sache. Ihr Kostüm ist zwar nicht salonmäßig, aber jedenfalls den Verhältnissen entsprechend. Die anderen sind heute nachmittag zum Besuch zu Oehlendorfs gefahren. Denken Sie sich bei der Hitze eine anderthalbstündige Fahrt auf staubiger Landstraße, nur um einen alten Herrn, den jede Fliege an der Wand ärgert, und dessen ebenso alte bessere Hälfte, welche die Wicht hat, zu besuchen. Ich konnte mich zu diesem Opfer nicht entschließen und bin unter dem Vorwande, Migräne zu haben, zu Hause geblieben. Jetzt habe ich mich eine halbe Stunde lang über einen geisttötenden Roman geärgert, dann habe ich ebenso lange mit einer Fliegenklappe Jagdsport getrieben, und schließlich fiel mir ein, daß ich noch niemals diesen berühmten Alnensaal gesehen habe. Ich glaube nicht, hier jemand zu treffen. Sie waren eben so vertieft in das schöne Lied vom alten Desfauer, daß Sie meinen Eintritt gar nicht bemerkt haben. Das tut aber nichts! Jetzt malen Sie weiter, und ich statt dieser alten ehrwürdigen Herren und Damen ringsumher eine Visite ab.“

„Ganz, wie Sie befehlen, gnädigste Frau, wenn gleich ich nicht umhin kann, zu gestehen, daß ich mich der Vangeweile in gewisser Weise zu Dank verpflichtet fühle.“

Ob sie seine letzten Worte gehört, weiß er nicht. Ihre keine, zierliche Person befindet sich bereits ziemlich weit von ihm entfernt.

„Nun ja, meinetwegen! Was malen Sie denn sonst, Herr Kanietta?“

Bayern und Deutsche Studentenschaft

München, 17. Februar. Das Kultusministerium hat nunmehr, dem Beispiel Württembergs folgend, für die Beiträge, die von den Studentenschaften der bayerischen Hochschulen an den Vorstand der Deutschen Studentenschaft abgeliefert werden, eine Höchstgrenze von einem Drittel des bisherigen Satzes festgesetzt und die bisher erhobenen und zurückbehaltenen höheren Beiträge zur Förderung der Leibesübungen und für Grenzlandarbeiten der Deutschen Studentenschaft freigegeben. Ferner traf das Ministerium Vorfrage, daß die Senate der einzelnen Hochschulen über die wichtigsten Beschlüsse und über die Tätigkeit des AStA (Allgemeiner Studentenausschuss) und des Vermögensbeirats fortlaufend unterrichtet werden.

Rücktritt eines Deutschen Völkerbundsbeamten

Genf, 17. Febr. Deutschland hat im Völkerbund neun politische Beamte, darunter das deutsche Mitglied in der Nachrichtenabteilung, Dr. Max Beer, der im August 1927 als Journalist auf ausdrücklichen Wunsch Stresemanns in den Genfer Beamtenstab eingetreten ist. Beer hat mit Erfolg den in seiner Abteilung stark vorherrschenden französischen Einfluß einzudämmen versucht. Dabei hatte er manchen mehr oder weniger stillen Kampf gegen politische und persönliche Gegner zu führen. Trotzdem kommt die Nachricht überraschend, daß der Generalsekretär des Völkerbunds nach fast 6 Monate dauerndem Hin und Her das Rücktrittsgesuch Dr. Beers angenommen habe. Gegner Dr. Beers sitzen nicht nur in Genf, sondern auch in Berlin selbst. Eine Reichstagspartei soll sich schon lange um seine Zurückberufung bemüht haben, um einen der Ihrigen an seine Stelle zu bringen.

Winkelfüge in den Saarverhandlungen

Paris, 17. Febr. Der Berliner Berichterstatter des „Journal“ hatte eine Meldung über angeblich in Deutschland betriebene Pläne betreffend die Gründung einer Betriebsgesellschaft für die Saargruben in die Welt gesetzt. Diese Meldung hat in Pariser amtlichen Kreisen Eritanen hervorgerufen. Das „Journal“ ist deshalb genötigt, sich in vorsichtiger Weise selbst zu berichtigen: Seit Januar seien zwar bei den Saarverhandlungen ziemlich magere Fortschritte erzielt worden, man müsse aber darauf hinweisen, daß keine der beiden Parteien den Bruch wünsche. Weder Frankreich noch Deutschland hätten ein Interesse daran, die Verhandlungen zu beschleunigen, bevor der Neue Plan von Deutschland endgültig angenommen sei. Wenn diese Beschleunigung auf amtliche Kreise zurückzuführen ist, und wenn man sie in ein klares, verständliches Deutsch übersehen will, dann besagt sie kurzweg, daß das Vorpostengefecht für die Saarverhandlungen noch mindestens bis zum Monat April andauern soll, und daß für dieses Tempo die französische Saarbordnung verantwortlich ist; denn die deutsche Abordnung ist mit der Absicht nach Paris gekommen, in einem Zug und so rasch wie möglich die Saarfrage zu lösen.

Ein Ultimatum Gandhis an den Vizekönig

London, 17. Febr. Wie aus Ahmedabad berichtet wird, sind die Mitglieder des Arbeitsausschusses des Allindischen Kongresses, der Gandhi am Freitag diktatorische Vollmachten verliehen hat, auf seinen Wunsch in seinem Hauptquartier verblieben. Gandhi beabsichtigt, während der nächsten Tage endgültige Weisungen für das zu unternehmende Vorgehen zu erteilen. Es heißt, heute werde ein Ultimatum an den britischen Vizekönig entworfen. Der erste Schritt dürfte sich gegen das Salzmonopol der Regierung richten. Agitatoren sind bereits in die Gebiete abgegangen, wo sich Salzbergwerke und Salzfabriken der Regierung befinden.

Württemberg

Die Landwirtschaft im Finanzausschuß

Stuttgart, 17. Februar. Bei Beratung des Kap. 65 (Zentralstelle für die Landwirtschaft) im Finanzausschuß besprach ein Redner des Bauernbunds die Preislage in der Landwirtschaft und bemängelte die unzureichende Zollpolitik. Ein sozialdemokratischer Redner sprach sich für eine Planwirtschaft in der Landwirtschaft aus. Mit der Errichtung von Milchzentralen sei die Landwirtschaft auf dem richtigen Weg. Die Erzeugnisse müßten mehr marktfähig angeboten und ein Getreidemonopol angebrochen werden. Ein Zentrumsredner stellte fest, daß trotz aller Maßnahmen der Regierung

„Was Sie wollen! Genrebilder, Novellen in Del, auch mytologische Figuren.“

„Aha, so ohne alles“, sagt sie, und macht eine un-nachahmlich komische Geste.

Hasso nimmt seine Arbeit wieder auf, wobei er natürlich nicht unterläßt, ab und zu aufzublicken, während Edna von einem Bilde zum andern geht. Ihr Interesse scheint nicht sehr zersplittert zu werden, denn nach kurzer Zeit sieht sie wieder neben Hasso und verfolgt mit den Augen seine Pinselstriche.

„Das einzige vernünftige Gesicht hier in der Runde“ — meint sie lächelnd und beschreibt mit der Hand einen Kreis in der Luft.

Hasso nickt leicht mit dem Kopfe und streift lächelnden Blickes das Antlitz der Marquise.

„Es muß doch zum Sterben langweilig sein, all diese alten Gesichter wieder aufzufrischen; fast als ob man Tote schminkt.“

„Die Kunst geht nach Brot, gnädige Frau.“

„Auch das!“ antwortet Hasso und drückt etwas Krem-ferweiß auf die Palette, während es ihm schwer wird, das Lachen zu verheizen.

„Können Sie auch porträtieren?“

„Natürlich!“

„Ich möchte mich einmal malen lassen, wenn es nur nicht so schrecklich langweilig wäre!“ — Sie kreuzt die Arme unter der vollen Büste, lehnt sich auf den Stuhl zurück und sieht ihn neugierig aus den dunklen Augen an.

Fortsetzung folgt.

die Lage der Landwirtschaft nach wie vor überaus ernst sei. Die Zahlungsunfähigkeit auf dem Lande nehme rasch zu. Wenn das deutsche Volk nicht die im Inland produzierten Lebensmittel kaufe und sein Geld für Inlandserzeugnisse ausgabe, dann gehe die Landwirtschaft zugrunde und mit ihr das deutsche Volk selbst.

Wirtschaftsminister Dr. Maier führte aus, bei der Hagelversicherung bestreite das Finanzministerium auf einer Reklamation von 120 Prozent. Das Wirtschaftsministerium werde die gestellten Anträge sachlich würdigen und fördern. Gegen einzelne Anträge habe er finanzielle Bedenken. Regierungsrat Dr. Schiller nahm zu den zollpolitischen Anträgen Stellung. Die württ. Regierung sei im Reichsrat mit ihren zollpolitischen Anträgen nicht durchgedrungen. Präsident Sting machte Mitteilungen über die Bekämpfung der Leberegelkrankheit. Für Bach- und Wiesenerweiterungen seien 845 000 RM. ausgegeben worden. Weitere Arbeiten seien im Gang. Es handle sich um 92 Anmeldungen, die einen Aufwand von über 1 Million Mark verursachen würden. Präsident Michels gab Aufschluß über die beabsichtigte Förderung des ländlichen Siedlungswesens durch die Wohnungskreditanstalt.

Es folgten die Abstimmungen über zahlreiche Anträge. Angenommen wurden Anträge auf ständige Anstellung von weiteren Tierärztinspektoren, auf Erhöhung des Etatsjahres bis zum Höchstbetrag von 40 000 M für Pferde- und Rindviehpriämierung anlässlich des landwirtschaftlichen Hauptfestes, auf Erhöhung des Etatsjahres für das Viehverversicherungswesen von 40 000 auf 60 000 M, auf Befreiung der Nachschußpflicht der Landwirte zur Hagelversicherung im kommenden Etatsjahr mit 65 Prozent, auf Erhöhung des Etatsjahres für Siedlungszwecke von 5000 M auf 50 000 M, ferner ein Antrag des Bauernbunds und der Bürgerpartei, worin die Regierung dringend ersucht wird, bei der Reichsregierung darauf hinzuwirken, daß sofort geeignete Maßnahmen ergriffen werden, um die Rentabilität der Landwirtschaft herbeizuführen und für landwirtschaftliche Erzeugnisse stabile, sowie der gesunkenen Kaufkraft des Geldes entsprechende Preise zu sichern. In dem Antrag werden die dringlichsten Maßnahmen aufgeführt. Weiterhin wurden dann noch Anträge angenommen auf Verwendung von nur einheimischen, landwirtschaftlichen Erzeugnissen in den staatlichen Anstalten und auf Gewährung von Darlehen an Sägmotoren zur Förderung der gärungslosen Fruchterverwertung. Das Kap. 65 sowie Kap. 66 (Landgestüt) wurden angenommen.

Stuttgart, 17. Febr. Lage des Arbeitsmarktes. In der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung standen am 12. Februar 1930 117 713 Personen, in der Krisenunterstützung 12 775 Personen. Die Gesamtzahl der Unterstützten stieg um 2773 Personen oder um 2,2 Proz. von 127 715 auf 130 488 Personen (112 840 Männer, 17 648 Frauen); davon kamen auf Württemberg 53 156 gegen 52 301 und auf Baden 77 332 gegen 75 414 am 5. Februar 1930. Im Gesamtbezirk des Landesarbeitsamts Süddeutschland kamen am 12. Februar auf 1000 Einwohner 25,9 Hauptunterstützungsempfänger gegen 29,1 zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Schnellverbindung Degerloch-Nürtingen. Unter dem Vorsitz von Landrat Niehammer tagten am letzten Samstag auf dem Rathaus in Sielmingen die Verkehrsausschüsse von Degerloch — Birtach — Hohenheim und Nürtingen, um zu dem Bau einer Bahnverbindung Degerloch — Nürtingen Stellung zu nehmen. Es wurde eine sechs-gliedrige Kommission eingesetzt, die den Plan beim Finanz-ausschuß des Landtags und bei der Stadtverwaltung Stuttgart vertreten soll. Man verhehlte sich allerdings nicht, daß von seiten der Reichsbahn Schwierigkeiten entstehen könnten.

Neuverpachtung des Ratskellers. Nachdem der Vertrag mit dem bisherigen Pächter des Ratskellers, Rob. Sommer, am 1. April d. J. abläuft, ist die Führung des Ratskellers, sowie der Parkwirtschaft in der Villa Berg von dem genannten Tage an dem früheren Oberkellner des Hotels Marquardt, zurzeit Geschäftsführer des Cafés Eberhardsbau, S. Neuffer, einem geborenen Württemberger, übertragen worden.

Klagen Württembergs über die Reichsfinanzpolitik. In einer offenbar aus der „Vossischen Zeitung“ von zahlreichen andern Blättern übernommenen Mitteilung über die Berliner Finanzministerbesprechung der letzten Tage wird berichtet, daß lediglich Württemberg bei dieser Besprechung keine Klagen geäußert hätte. Dieser Bericht ist durchaus falsch. Im Gegenteil hat gerade der württ. Finanzminister auf die den Ländern und Gemeinden durch die Politik des Reichs auferlegten Belastungen und Einnahmeverkürzungen nachdrücklich hingewiesen und die schwersten Befürchtungen für die künftige Finanzlage der öffentlichen Körperschaften einschließlich Württembergs bei Fortsetzung der bisherigen Politik geäußert.

Gekennzeichnete Arbeitszeit oder Durcharbeitszeit. Das Stadtschultheißenamt Stuttgart ist an die Handelskammer Stuttgart wegen einer Stellungnahme der Wirtschaftskreise zu der Frage der Kurzarbeitszeit herangetreten. Die Handelskammer kommt in ihrer Aeußerung auf Grund der in Stuttgart und Umgebung bei einer großen Anzahl von Firmen verschiedener Größe und aller Wirtschaftszweige angestellten Erhebungen zu dem Ergebnis, daß dem Gedanken der allgemeinen Einführung der Durcharbeitszeit die Mehrzahl der Wirtschaftskreise, soweit sie Industrie und Großhandel und einige Sonderzweige umfassen, nicht ablehnend gegenübersehen dürfte.

Zusammenschluß gleichgerichteter Elektrizitätsunternehmen. Generaldirektor Dr. Fischer von der Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen Ges. m. b. H. (V.E.W.) in Dortmund wird auf Veranlassung des Bezirksverbands überbischöflicher Elektrizitätswerke am Sonntag, den 22. Februar, nachmittags 2.30 Uhr im Sitzungssaal des Württ. Wirtschaftsministeriums in Stuttgart, Lindenstraße 4, einen Vortrag halten über „Zusammenschluß gleichgerichteter Elektrizitätsunternehmen“.

Vom Tage. In einem Kaffee-Restaurant des Hindenburgplatzes stürzte abends ein 19 J. a. Schreiner über das Treppengeländer etwa 6 Meter hoch ab. Er trug eine schwere Kopfverletzung davon, an der er wenige Stunden nach seiner Einlieferung in das Katharinenhospital starb. — In einem Haus der Calwerstraße verübte ein 21 J. a. Mann durch Einatmen von Gas einen Selbstmordversuch. Nach erfolgreicher Anwendung des Sauerstoffapparats wurde der Lebensmüde nach dem Katharinenhospital übergeführt. — Am Sonntag morgen zog sich in einem Wirtschaftstokal der Kotebühlstraße bei der Fertigung einer Blüchtaufnahme ein 21 J. a. Mann erhebliche Brandverletzungen an der Hand zu.



Deutscher Stickstoff

Im Frühjahr den Saaten deutschen Stickstoffdünger

Aus dem Lande

Ehlingen, 17. Febr. Todesfall. Gestern früh verschied unerwartet rasch Fabrikant Johann Friedrich Langheß, der Seniorchef der Firma Langheß u. Co., im Alter von 63 Jahren.

Ludwigsburg, 17. Februar. Todesfall. In der Nacht auf Samstag starb hier Fabrikant J. Oskar Elias im Alter von 83 Jahren. Der Verstorbene gründete im Verein mit seinen drei hier noch lebenden jüngeren Brüdern die Firma Mechanische Buntweberei Elias und Söhne.

Unternberg, 17. Februar. Tödlicher Motorradunfall. Auf der Straße nach Unterriegingen begegnete der 32 J. a. verh. Elektromonteur Karl Kaufher aus Bisingen mit dem Motorrad dem Landwirt Hermann Wähler von Unternberg mit seinem Kuhgespann. Kaufher streifte den Fahrwerkslenker, der eine Verletzung am linken Arm erlitt und stieß dann gegen den Wagen, so daß er stürzte und einen tödlichen Schädelbruch erlitt. Den Landwirt trifft keine Schuld.

Vielligheim, 17. Febr. Einbruch. In der Nacht auf Sonntag wurde in einem hiesigen Gasthaus ein Einbruch verübt. Gestohlen wurden Zigaretten, Wäsche und Stiefel. Dem Täter ist man auf der Spur.

Heilbronn, 17. Febr. Die 51. Vollversammlung der Handwerkskammer wurde von dem Vorsitzenden der Handwerkskammer, Bäckerehrenobermeister Schure, geleitet. Dem Tätigkeitsbericht ist u. a. zu entnehmen: Während noch zu Beginn des Jahres 1929 nach einem langen, harten Winter das Handwerk auf das Einsehen einer guten Saison hoffte, mußte es bald, im Baugewerbe bereits zu Anfang der 2. Hälfte des Jahres, feststellen, daß die Aufträge merklich zurückgingen. Auch die Herbst- und Weihnachtsgeschäfte entsprachen nicht den Erwartungen. Allgemein sind die Klagen über die Belastung des Handwerks mit Steuern- und Soziallasten, über den Hausierhandel, über die zunehmende Konkurrenz der Warenhändler und über das starke Umschlagreifen des Borgumwesens. In ausführlichen Darlegungen berichtete Syndikus Dr. Frey über die Durchführung der Handwerksnovelle vom 11. Februar 1929.

Heilbronn, 17. Februar. Zahnklinik-Zwang. Die schon seit längerer Zeit von der Allgemeinen Ortskrankenkasse beschlossene Einführung des Zahnklinikzwangs für Familienangehörige, soweit sie hier, in Böckingen, Neckargartach und Sontheim wohnhaft sind, ist nun vom Württ. Oberverwaltungsamt genehmigt worden und tritt mit dem 1. März 1930 in Kraft. Anscheinend wußte man in der Krankenkasse zur rentablen Bestattung der Zahnklinik keinen anderen Ausweg.

Neckarjahn, 17. Februar. Ein Heimatspiel. Das Neckarjahn Heimatspiel „Der Löwenwirt von Neckarjahn“, Peter Heinrich Merkle, ein Opfer Napoleonscher Grausamkeit, wird nun endgültig in den Sommermonaten aufgeführt. Verfasser des Stücks ist Professor Dr. Bauer, Ludwigsburg, ein Sohn unserer Stadt. Die Leitung des Ganzen übernimmt Studienrat Lehmann.

Edelfingen 17. Febr. Neue Tauberbrücke. Die neuerstellte Eisenbetonbrücke über die Tauber, deren Bau im Oktober v. J. begonnen wurde, ist nunmehr fertiggestellt und von nächster Woche an befahrbar. Die alte Holzbrücke wurde verkauft und wird kommende Woche abgebrochen. Die Einweihung soll im Mai d. J. stattfinden. Die Bauarbeiten lagen in den Händen der Firma Baresel AG, Stuttgart.

Wankheim, 17. Febr. Schwere Stichverletzungen. Gestern abend wurde Friedrich Henne bei einer Rauferei in Lunge und Hals gestochen. Er mußte in die Chirurgische Klinik nach Tübingen übergeführt werden.

Schramberg, 17. Febr. Selbstmord und Mordversuch. Nach einem Falschingsvergnügen wurde die 18-jährige Emilie Koderer von dem 23-jährigen E. Müller, mit dem sie ein Verhältnis gehabt, das sie aber tags zuvor gelöst hatte, durch drei Dolchstiche schwer, doch nicht lebensgefährlich verletzt. Müller vergiftete sich darauf in seiner Wohnung.

Göppingen, 17. Februar. Verleihung einer Apothekenberechtigung. An Stelle der bisherigen Zweigapothek in Salach soll eine Vollapothek errichtet werden.

Holzheim, 17. Februar. Diamantene Hochzeit. In Holzheim fand am Sonntag unter starker Beteiligung der ganzen Gemeinde die Feier der diamantenen Hochzeit des Ehepaars Gottlieb Strähle statt. Der Jubilar ist ein geborener Holzheimer und steht im 88. Lebensjahr, während seine Frau Karoline geb. Schöbommer aus Nürtingen gebürtig ist und 86 Lebensjahre zählt.

Ulm, 17. Febr. 80 Jahre Ulmer Bahnstation. Am 1. Juni d. J. werden es 80 Jahre, daß der allgemeine Eisenbahnverkehr zwischen Ulm und Friedrichshafen eröffnet und der Bahnhof Ulm in Betrieb genommen wurde. Die Probefahrten Geislingen-Ulm fanden am 22. Juni 1850 einen befriedigenden Abschluß; die Strecke konnte „nach dem Regulativ in 1¼ Stunden“ befahren werden und so wurde die Eröffnung des allgemeinen Verkehrs auf 29. Juni festgesetzt und mit diesem Zeitpunkt das Inkrafttreten des „Fahrtenplans“ für die ganze Württ. Staatseisenbahn von Heilbronn bis Friedrichshafen angelündigt.

Reutlingen, 17. Febr. Betriebsverletzung. Apotheker Haas ist dieser Tage nach Stuttgart verzoogen und hat auch seinen Betrieb dorthin verlegt. Er betrieb wohl die einzige chemische Fabrik in Reutlingen, indem er aus dem

Verbleib des Viaschleifers wertvolle Stoffe gewann, die in der Heilkunde Verwendung finden.

Biberach, 17. Februar. Zur Liquidation der Firma Gerster. Bei der freiwilligen Grundstücksversteigerung der in Liquidation befindlichen Firma Gebr. Gerster zum Haberhäusle in Biberach-Birkendorf haben die beiden bisherigen Gesellschafter, Karl Gerster und Adolf Mayer, einem von den Liquidatoren vorgeschlagenen Teilungsplan der Gesamtmasse zugestimmt, nach dem Gerster den Bauernhof und Mayer die Bierbrauerei und die dazu gehörigen Wirtschaften übernimmt. Es verbleibt also der alte Familienbesitz der Familie erhalten.

Saulgau, 17. Februar. Um die Verstaatlichung des Katastervermessungswesens. Die Amtsversammlung vom 11. Juni 1929 hatte beim Württ. Innenministerium die Verstaatlichung des Katastervermessungswesens beantragt. Die hier in Betracht kommenden Verhältnisse liegen in den einzelnen Landesteilen sehr verschieden. Das Innenministerium teilte nun mit Erlaß vom 1. Februar mit, obige Frage stehe seit längerer Zeit in Behandlung des Finanzministeriums, es lasse sich jedoch wegen eingetretener Hindernisse nicht übersehen, wann eine Verstaatlichung möglich sei.

Wurzach, 17. Februar. Tödlicher Unfall. Am Sonntag früh war Zimmermann Alois Pfau in Oberried mit Stallarbeiten beschäftigt. Aus noch nicht bekannter Ursache explodierte der im Stall befindliche Nessel-Kessel. Pfau erlitt schwere Verwundungen im Gesicht und an beiden Händen. Ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben, verschied er nach kurzer Zeit im hiesigen Krankenhaus.

Von der bayerischen Grenze, 17. Februar. Brände. In dem Nebengebäude der Brauerei Taver Vorkühler in Ingelheim bei Weiffenborn, in dem Pferde- und Gastställen sowie die Holzremise untergebracht waren, brach Feuer aus, dem das Gebäude mit sämtlichem Heizmaterial und vielen landwirtschaftlichen Geräten zum Opfer fiel. — In Kleinkiffendorf brannte aus unbekannter Ursache der Stadel des Landwirts Johann Deutschenbour nieder.

Vom bayerischen Allgäu, 17. Febr. Ein Opfer der Vereinsmeierei. Wegen Unterschlagung von Vereinsgeldern stand Hugo Hauber vor dem Gericht in Kempten. Hauber war mehrere Jahre Vorstand eines Krankenunterstützungsvereins in Kempten. Als Vorstand oblag ihm die Durchführung der Aufwertung von Pfandbriefen in Höhe von 2500 Mark. Hauber hat die Aufwertungssumme im Betrag von 234 Mark für sich selbst verwendet. Als Vorstand einer Jahrgängervereinigung hat er weiter einen Betrag von 850 Mark unterschlagen. Als Grund gab er an, daß er durch seine Betätigung in einer ganzen Reihe von Vereinen eine gewisse Arbeitsüberlastung gehabt habe. Das Gericht verurteilte ihn zu 6 Wochen Gefängnis.

Lokales.

Wildbad, den 18. Februar 1930.

Das Lesezimmer, welches für die Arbeitslosen im alten Schulhause eingerichtet wurde, wird sehr fleißig besucht. An Unterhaltung fehlt es dort nicht. Illustrierte Zeitschriften sandten Frau Direktor Röck, Frau Ober-Med.-Rat Dr. Frig, Herr Mayer in Villa Großmann, Herr Architekt Hugenlaub; Unterhaltungsspiele wurden gestiftet von Herrn Stadtpfarrer Dauber und Herrn Hellberg. Allen edlen Gebern sei auch an dieser Stelle herzlich Dank gesagt.

Fußball. Am Sonntag, den 16. Februar traf sich der Arb.-Sport-Verein Wildbad in Altenfeld mit der dortigen Freien Turnerschaft zu einem Freundschaftsspiel zusammen, das unentschieden 2:2 endete. Vom Spiel selber mußte gesagt werden, daß beide Mannschaften tatsächlich ein freundschaftliches Spiel ausführten. Nur der Schiedsrichter ließ zu wünschen übrig.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Holzappel f. In Esenau bei Bern ist der Philosoph Rudolph Holzappel im Alter von 55 Jahren gestorben. Schon in früher Jugend des Vaters, eines österreichischen und später bei Ernst Mach in Wien, so daß er nun seine er in Südafrika und England sein kargliches Brot verdienen. In den wenigen freien Stunden widmete er sich eifrig dem Studium. Nach entbehrungsreichen Jahren fand er 1901 Unterstützung durch Ferdinand von Woenarins in Zürich und später bei Ernst Mach in Wien, so daß es nun seine philosophischen Werke, die er seitdem in Wien herausgab, veröffentlicht werden konnten.

heimlicher Verbindung zum Sturz der österreichisch-ungarischen Monarchie und er sollte wegen Landesverrats mit dem Tod bestraft werden. Heute wird er als Staatspräsident gefeiert.

Ein tolles Räuberstück. Am Freitag mittag wurde in Schleich bei Köln auf belebter Straße ein 20-jähriges Mädchen und ein 16-jähriger Bursche, die in Köln-Mühlhausen bei einer Bank 11000 Mark Lohngehalt für eine Wiesdorfer Firma abgeholt hatten, von einem Motorradfahrer unter Bedrohung mit einem Revolver zur Herausgabe des Geldes gezwungen. Das sich in einer Aktentasche befand. Die beiden eingeschüchterten Boten händigten dem Burschen die Mappe auch wirklich aus, der sich sodann auf sein Motorrad schwang und mit einem auf dem Sozius sitzenden Helfersheifer mit Vollgas das Weite suchte. Nachdem sich das Mädchen von seinem Schreck erholt hatte, stürzte es in ein Geschäft und benachrichtigte die Firma von dem Vorfall. Ein Kraftwagen der Firma nahm die Verfolgung der Räuber auf, ohne eine Spur von ihnen zu entdecken.

Zahlen der deutschen Not. Wie die Halbmonatschrift für Politik und Kultur, „das Staatsblatt“, mitteilt, gibt es in Berlin nur rund 10000 Menschen, deren Monatseinkommen mehr als 4000 Mark beträgt, in Hamburg 5000, in Köln 1000, in München 1500, in Leipzig 1700, in Dresden 1400, in Frankfurt 2200, in Bremen 1200 und in Stuttgart 1000. Dagegen haben weniger als 120 Mark im Monat, in Berlin 3 Millionen, in Hamburg 600 000, in Leipzig 300 000, in Frankfurt 250 000, in München 350 000 und in Köln 450 000 Erwerbstätige. Dabei haben wir gegenwärtig in Deutschland 3 Millionen Arbeitslose!

Verhaftung im Desinger Brandunglück. Unter dem Verdacht der Brandstiftung in Desingen bei Donaueschingen sind bereits drei Personen, darunter der Knecht bei der Witwe Krimm, verhaftet worden. Für die Brandgeschädigten sind schon von verschiedenen Seiten Spenden eingelaufen.

Das Urteil im Jornsprozeß. Der Berliner Schriftsteller Bornstein wurde wegen Beleidigung des Reichsanwalts Jorns zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt. Das Urteil ist in einigen Blättern zu veröffentlichen.

Brand auf dem Klobdampfer „Pfalz“. Auf dem im Dock 3 der „Deichmanag-Werft A.-G. Weser“ in Bremen zur Bornahme von Ausbesserungen liegenden Dampfer „Pfalz“ des Norddeutschen Lloyd brach an der Ladeluke des ersten und zweiten Decks Feuer aus. Es brannten Schalbretter, Matten und sonstiges Packmaterial. Das Feuer hatte sich auch auf eine nahegelegene Mannschaftskajüte übergegriffen. Das Feuer war nach einer Stunde gelöscht. Die Entstehungsurache des Brandes ist noch nicht bekannt.

Nebel in England. Ueber dem größten Teil Englands lagerte am 14. Februar dichter Nebel. Auf der Landstraße kamen zahlreiche Unfälle vor, außerdem ereigneten sich drei Zusammenstöße von Dampfern.

Münchener Selbstmordstatistik. In München sind in diesem Jahr bereits 40 Personen freiwillig aus dem Leben geschieden. Die Zahl der Selbstmordversuche geht bereits in die Hunderte.

Schulabbau in Berlin. Der Berliner Magistrat hat beschlossen, aus Ersparnisgründen 387 meist junge Lehrer und Lehrerinnen zu entlassen und 455 Schulklassen aufzuheben und die Kinder dieser Klassen auf die übrigen Klassen zu verteilen.

Verlobung im Hause Mussolini. Mussolini veranstaltete am 14. Februar in seinem Haus einen Empfang im kleinen Kreis aus Anlaß der Verlobung seiner Tochter Eda mit dem Grafen Galeazzo Ciano, einem Sohn des Verkehrsministers.

Immer weniger Wasser. Der Wasserstand in der Donau hatte heute früh wohl den tiefsten Stand der letzten Jahre erreicht. Der Fuß des Pegels am dicken Turm stand im Trockenen, so daß die Höhe des Wasserstands nicht mehr abzulesen war; sie betrug jedenfalls unter 120 Ztm. Die Pfähle, die am bayerischen Ufer oberhalb der Eisenbahnbrücke in langer Reihe im Wasser stehen und die

Pfähle, die auf württembergischer Seite unter- und oberhalb der Schillerbrücke im Flußbette sind, schauten mit den Köpfen über den Wasserpiegel heraus.

Sport

Französischer Flugrekord. Die beiden französischen Flieger Coates und Cadors, die am 15. Februar vom Flugplatz Jires aufgestiegen waren, haben mit einer Ladung von 1000 Kilo an Bord den Dauer- und Streckenrekord, die bisher von den Deutschen Horn und Steindorf gehalten wurden, gebrochen. Sie blieben 18 Stunden, 1 Minute, 20 Sekunden in der Luft und haben insgesamt 3275 Kilometer durchfliegen. (Horn hielt sich April 1927 während 14 Stunden, 22 Minuten, 45 Sekunden in der Luft, der Deutsche Steindorf hatte 2515,318 Kilometer durchfliegen.) Den Schnellsteckrekord konnten die beiden Franzosen nicht brechen.

Handel und Verkehr

Berliner Dollarkurs, 17. Februar. 4.186 G., 4.194 B. Dt. Abl.-Anl. 52.

Berliner Geldmarkt, 17. Februar. Tagesgeld 5,5—7,5 Prozent Monatsgeld 7—8,5 Prozent, Warenwechsel 6 Prozent.

Privatdiskont, 5,375 Prozent kurz und lang.

Schweinezählung

Am 1. März 1930 soll abermals eine Schweinezählung in Verbindung hiermit, um einen Überblick über den saisonmäßigen Verlauf der Gefamtschlachtungen an Schweinen zu erhalten, eine Ermittlung der in der Zeit vom 1. Dezember 1929 bis 28. Februar 1930 vorgenommenen nichtbeschlachteten Schlachtungen (Hauschlachtungen) von Schweinen in den Ländern des Deutschen Reichs durchgeführt werden.

Sonderzüge zur Leipziger Messe. Anlässlich der Leipziger Frühjahrsmesse werden Sonderzüge veranstaltet und zwar: am 28. Februar abends Stuttgart ab 21.20 Uhr und am 1. März morgens 7.40 und abends 21.20 Uhr. Fahrkarten hierzu, für Hin- und Rückfahrt, sind bis zum 15. März (Rückfahrt gültig bis zum 15. März) bei der Vertretung des Norddeutschen Lloyd, Reisebüro Rominger Stuttgart, Königstraße 15, erhältlich.

Württembergische Portland-Cement-Werke zu Couffen a. N. In der H.V. wurden die Anträge der Verwaltung (wieder 12 Prozent Dividende aus 637 053 G. B. 617 145) RM. (Ringewinn) genehmigt. An Stelle des wegen hohen Alters zurückgetretenen Vorstehenden Geheimrat Kümlein wurde Bankdirektor Georg Kümlein als Vertreter privater Aktien in den V.R. gewählt.

Zusammenstoß in der württ. Gummiwarenindustrie. Die Firma A. Risch u. Co., Fabrik elastischer Chirurgieinstrumente in Kommetshausen, wurde von der Katheterreform Willy Risch AG., Cannstatt, käuflich erworben. Die Firma Risch u. Co., Kommetshausen, soll ab 1. Mai d. J. eingestellt und ihr Betrieb als Filiale der Katheterreform Willy Risch AG., Cannstatt, weitergeführt werden.

Vor einem neuen Scheuer-Konzern? Der Austritt Karl Scheuers aus dem Aufsichtsrat der Getreide-Industrie und Kommission-A.G. läßt durchschemmern, daß Scheuer seine Tätigkeit als Privatkapitalist wohl in Kürze wiederum seinen Namen mit Großtransaktionen verbinden wird. Wie die „Landwirtschaftliche Wochenschau“ hört, gehen Scheuers Gedankengänge darauf hinaus, neben dem von den öffentlichen Getreidegesellschaften angestrebten Staatsmonopol gewissermaßen zu einem Privatmonopol zu kommen. Diese Gedankengänge sollen auch von dem Vorstandsmitglied der Deutsche und Disconto-Bank, Dr. Solmsen, der bekanntlich wie Scheuer seit langem um das Lagerstapelwesen wirbt, beden.

Die „Europa“ vor der ersten Reise. In dieser Woche wird der neueste Schnelldampfer des Norddeutschen Lloyd, „Europa“, seine erste Probefahrt machen. Das mächtige Schiff, ein Zwillingsschiff der „Bremen“, wäre schon längst in Dienst gestellt, wenn nicht Jener noch unauflösbare Brand sein ganzes Innere nach dem Stapellauf auf der Werft in Bremen zerstört hätte. Die „Europa“ ist nun dafür in neuer Schönheit erstanden und mit den neuesten Erruoenenschaften der deutschen Schiffstechnik

ausgestattet. Das Schiff hat eine Länge von etwa 1567 288 Meter, eine Breite von 31 Meter und eine Seitentiefe bis zum oberen Promenadendeck von 27,2 Meter. Vier Turbinen-Gruppen, je aus Hochdruck-, Mitteldruck- und Niederdruck-Turbinen bestehend, ermöglichen 2100 Umdrehungen der vier riesigen Schrauben in der Minute durch ein Zahnradübertragungsgetriebe; das Schiff wird dadurch eine Geschwindigkeit erhalten, die derjenigen der „Bremen“ noch überlegen ist. Die „Bremen“ erreichte bekanntlich durch ihre Reise nach New York in 4 1/2 Tagen, die ihr das Blaue Band eintrug, das größte Aufsehen in der ganzen Welt. Demnächst wird auch der Plonddampfer „Columbus“ nach seinem Umbau in den Schnelldienst des Lloyd nach Nordamerika eingestellt werden.

Der Hapagdampfer „Westphalia“, der am 30. Januar von Hamburg abgefahren ist, ist am 13. Februar, 3.30 Uhr nachmittags, in Neuport angekommen.

Stuttgarter Börse, 17. Febr. Der Beginn der neuen Woche brachte an der Börse keine Veränderungen. Die Tendenz war eher eine Kleinigkeit schwächer und der Verkehr litt unter Geschäftlosigkeit.

Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft, Filiale Stuttgart.

Stuttgarter Landesproduktbörse. In abgelaufener Berichtswoche sind nimmere allgemein die Zollerhöhen auf Getreide in Kraft getreten. Eine Besserung im Geschäft ist jedoch nicht eingetreten und beobachtet die Käufer nach wie vor Zurückhaltung. Es notierten je 1000 kg. Auslandsweizen 28.25—31.50 (28.25—32), Weizen 25—28 (unv.), Sommergerste 18.50—20.50 (unv.), Hafer 14—15 (14.50—15.50), Wiesheu 7—8 (8—9), Klebeheu 9—10 (9—11), drahtgepreßtes Stroh 4—4.80 (4.50—5.25), Weizenmehl 41—41.50 (41.25—41.75), Brotmehl 31—31.50 (31.25—31.75), Mele 8—8.25 (unv.).

Bremen, 17. Februar. Baumwolle Middling Universal Standard loco: 17.43.

Märkte

Schweinepreise. Balingen: Milchschweine 45—60. — Crailsheim: Käufer 75—103, Milchschweine 45—60. — Gredlingen: Milchschweine 45—55. — Giengen a. Br.: Milchschweine 44—55, Käufer 68—97. — Gugglingen: Milchschweine 34—45, Käufer 60—97. — Marbach a. N.: Milchschweine 45—53. — Rottweil: Milchschweine 40—60. — Vaihingen a. E.: Milchschweine 37—55, Käufer 95. — Herrenberg: Milchschweine 45—64, Käufer 70—77. — Saulgau: Zerkel 45—55, Käufer 60 M.

Fruchtpreise. Balingen: Hafer 8.8—8.90. — Gredlingen: Dinkel 9, Weizen 11.80—12. — Giengen a. Br.: Gerste 8.90—9.20, Hafer 7.20—6.70, Weizen 12.60—12.80. — Tübingen: Weizen 12.40 bis 13, Dinkel 9, Gerste 9.50—10, Hafer 8—8.50. — Ellwangen: Weizen 12.70—13.30, Roggen 8.60—9.50, Hafer 7.50—8.30, Gerste 10—10.40. — Ravensburg: Weizen 9.25—9.70, Weizen 12.35—12.75, Roggen 9.15—9.25, Gerste 9—9.50, Hafer alt 10—10.50, neu 7.90 bis 8.20. — Reutlingen: Weizen 13—13.50, Dinkel 8.60—9.50, Gerste 9.20—10, Hafer 7.70—8.50. — Ulm: Weizen 13—13.50, Dinkel 9—9.30, Roggen 9, Gerste 9.50—10, Hafer 7.50—8. — Memmingen: Weizen 12.40—12.60, Roggen 8.40—9, Gerste 8.70—10.50, Hafer 7.50—7.60 M. d. Ztr.

Getreideschau. Die württ. Landwirtschaftskammer veranstaltete Samstag und Sonntag eine Getreideschau für die Bezirke Blaubeuren, Geislingen und Heidenheim in der Tuchhalle in Ulm. Die Schau war sehr gut besucht und beschrift. Beim Umlauf machte sich die mangelhafte Lage der Landwirtschaft wohl bemerkbar. Saatweizen war ausgestellt zu 16 und 14 Mt. Bei Gerste bewegte sich der Preis zwischen 14.25 und 15.25 Mt. Hafer war zu 10.25—12.75 Mt. ausgestellt, hohensloher Aderbohnen zu 15 Mt., hohensloher Futtermehls zu 14 Mt., Weizen der Zentner 26 Mt. Die Kartoffelausstellung zeigte musterzügliche Sorten. Unter den Ausstellern ragte hervor die Hofgüter der Stadt Ulm und die Landwirtschaftsschule Ulm. — Samstag mittag fand im Drei-Linden-Saal eine Verammlung des dritten Bandw. Bauverbands statt. Hunderter fanden keinen Platz. Dr. Fehr v. Stauffenberg begrüßte die Verammlung. Oberlandwirtschaftsrat Dr. Weich berichtete über das Ergebnis der Getreideschau. Am Schluß fand die Preisverteilung statt.

Wetter

Ueber Spanien und dem Balkan befinden sich Hochdruckgebiete, im Norden eine starke Depression, die sich südlich ausdehnt. Unter ihrem Einfluß ist für Mittwoch und Donnerstag zwar zeitweilig bedecktes, aber vorwiegend trockenes Wetter zu erwarten.

Hydranten.

Da durch unbefugtes Öffnen wieder mehrere Hydranten eingefroren und beschädigt worden sind, wird darauf hingewiesen, daß Niemand außer den städt. Angestellten und der Feuerwehr zum Öffnen der Hydranten befugt ist. Zuwiderhandelnde müßten künftig bestraft und zum Schadensersatz herangezogen werden.

Wildbad, den 17. Februar 1930. Stadtschultheißenamt.

Stadt Wildbad.

Nuß- und Brennholz-Verkauf im mündlichen Aufstreich

am Mittwoch den 26. Februar 1930, vorm. 1/2 10 Uhr, in Wildbad im Ochsen

aus Stadtwald: Meißtern, Leonhardswald, Sommerberg, An der Linde, Wanne und Regental

78 rm Nußholz: Spalter 1, Fo Ruagel 9, Papierholz II: 7, III: 4 (2 m lg. ger.) Papierholz II: 24, III: 20 (2 m lg. nicht ger.) Nuß-Scheit: bu 6, La 7.

739 rm Brennholz: B Anbr. 1, Bu Anbr. 32, Bu-Scheit. 6, Ei-Anbr. 5, Nadelholz: Anbr. 351, Abfall 80, Scheit. II: 13, Prüg. I: 19, Prüg. II: 35, Reisprüg. Bu: 6, Nadelholz: 191.

Auszüge durch die Stadtpflege zu 25 Pfg.

Die Grund- und Gebäude-, Gebäude-entschuldungs- und Gewerbesteuern für Monat Februar 1930

sowie die rückständigen Steuern werden am Mittwoch den 19. Februar 1930, von nachmittags 2 bis 6 Uhr, im Sitzungssaal des Rathauses entgegengenommen.

Vom 1. April 1929 an werden für die rückständigen Steuern die gesetzlichen Verzugszinsen von 10% jährlich berechnet.

Wildbad den 17. Februar 1930. Stadtkasse.

Im Paulinenhof

(nahe beim Windhof) ist ab 1. März oder später die im 1. Stock gelegene

Wohnung zu vermieten

Dieselbe besteht aus drei Zimmern, Küche und Badezimmer, sowie ein Mädchen- und ein Fremdenzimmer und ausgedehnten Speicherräumen.

Eingang separat von der Straße.

Anfragen sind zu richten an die

Hotel Klumpp in Wildbad G. m. b. H.

Wildbad.

Hotel-

Zimmermädchen

mit besten Zeugnissen sucht Stellung auf 1. März oder sofort in nur gutem Hause. Angebote an die Tagblatt-Geschäftsstelle.

Misser

Bickel und Bussel entstellen das schönste Gesicht. Ein wunderbares Mittel dagegen ist:

Cehafin-Teintwasser.

Es öffnet die Poren, desinfiziert und konserviert. Erhältl. Stadt-Apothek.

Wer verkauft sein Haus

eotl. mit Geschäft oder sonstigem Anwesen hier oder Umgebung? Nur Angebote direkt von Besitzern unter V 22 an den Verlag

Haus- und Grundbesitz Frankfurt a. M., Zeil 51.

Schuhhaus Lutz Lederöl

Schreibmaschinen

nebst Zubehör kaufen Sie billigt bei GESCHW. FLUM Buch- und Papierhandlung

Realschule Wildbad.

Die Aufnahmeprüfung in Klasse I für Schüler der IV. Grundschulklasse und höherer Volksschulklassen findet statt:

Freitag, den 21. Februar.

Ort: Zeichensaal der Wilhelmschule;

Zeit: 8 Uhr vorm.

Anmeldung durch die Erziehungsberechtigten unter Vorlage eines Geburtscheines bis 20. Februar. Besonders leistungsfähige Schüler aus der III. Grundschulklasse können zunächst ohne Prüfung auf Probe aufgenommen werden. Gesuche um vorzeitigen Uebertritt aus Grundschulklasse III müssen alsbald vorgelegt werden.

Der Vorstand der Realschule: Professor Steurer.

Das Anwesen Mühlgasse Nr. 29

zwei Zimmer mit Küche und Zubehör, sowie großem Nebenraum, als Werkstatte geeignet

zu vermieten event. zu verkaufen. Nähere Auskunft bei Ludwig Pfeiffer.

Kaufm. Arbeiten jeder Art

Buchführung, Steuersachen, Aufstellen von Kalkulationen und Meßkunden erledigt rasch und diskret

Chr. Seyfried, Calmbach, Calwerstr. 18. Erw. Besuche bitte ich durch Postkarte anzufordern.